

1 „Ob wenig oder mehr Staatstätigkeit - diese Frage geht am Wesentlichen vorbei. Es  
2 handelt sich nicht um ein quantitatives, sondern um ein qualitatives Problem. Der Staat  
3 soll weder den Wirtschaftsprozess zu steuern versuchen, noch die Wirtschaft sich selbst  
4 überlassen: Staatliche Planung der Formen - ja; staatliche Planung und Lenkung des  
5 Wirtschaftsprozesses- nein. Den Unterschied von Form und Prozess erkennen und  
6 danach handeln, das ist wesentlich. Nur so kann das Ziel erreicht werden, dass nicht  
7 eine kleine Minderheit, sondern alle Bürger über den Preismechanismus die Wirtschaft  
8 lenken können. Die einzige Wirtschaftsordnung, in der dies möglich ist, ist die des  
9 "vollständigen Wettbewerbs". Sie ist nur realisierbar, wenn allen Marktteilnehmern die  
10 Möglichkeit genommen wird, die Spielregeln des Marktes zu verändern. Der Staat muss  
11 deshalb durch einen entsprechenden Rechtsrahmen die Marktform - d.h. die Spielregeln,  
12 in denen gewirtschaftet wird, - vorgeben." – Walter Eucken 1948, im Vorwort des ersten  
13 Bandes ORDO

#### 14 **Vorbemerkung**

15 Ziel und Zweck des vorliegenden Antrags ist es nicht ein Bündel an Maßnahmen  
16 vorzuschlagen, die geeignet sind die Krise in Luft aufzulösen. Im Moment überschlagen  
17 sich wie so oft die einzelnen Interessenvertretungen mit Einzelmaßnahmen, die  
18 geeignet sind, die eigene Popularität zu steigern. Während jedoch im Gezänk um die  
19 „richtigste“ Einzelmaßnahme jeder dem „gewöhnlichen“ Tagesgeschäft nachgeht, der  
20 Befriedung des jeweiligen Interesses, gerät ein wesentliches Moment völlig aus dem  
21 Blickfeld: War es nicht diese egozentrierte Sicht, diese mikroökonomische Denkweise,  
22 die das Handeln steuerte und letztlich genau diese Krise begünstigte? Dies wäre  
23 unproblematisch, wenn nicht die ideologischen „Rattenfänger“ schon die Flöten  
24 ausgepackt hätten um je nach Ausrichtung entweder das Ende der sozialen  
25 Marktwirtschaft einzuläuten oder die Schuldzuweisung bei einzelnen  
26 Bevölkerungsgruppen zu finden. Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir den Fokus  
27 aufziehen und einen meist systematischen Blick auf die Krise richten, der auch  
28 manchmal konkret eine Orientierung anbietet und die aktuelle Debatte ergänzt.

## 29 Der Weg in die Krise

30 Die Welt, Europa und Deutschland befinden sich in einer schweren Rezession. Seit Juli  
31 2007 wurde das Weltfinanzsystem immer wieder erschüttert und nur dem  
32 entschlossenen Eingreifen der Regierungen ist es zu verdanken, dass es nicht zu einem  
33 großen Knall kam, der einen totalen Vertrauensverlust zur Folge gehabt hätte.  
34 Mittlerweile ist klar, dass die Ereignisse an den Finanzmärkten nicht ohne Folgen für die  
35 Realwirtschaft bleiben: einer schrumpfenden Wirtschaft und steigender Arbeitslosigkeit  
36 muss politisch begegnet werden.

37

38 Die Finanzkrise hat nicht eine Ursache, sondern folgte aus einem vielschichtigen Bündel  
39 an Fehlentscheidungen, Fehlregulierung und Fehlverhalten. Monokausale Erklärungs-  
40 und Deutungsmuster erhellen nichts und aus ihnen lassen sich keine Lehren für die  
41 Zukunft ziehen. Deshalb sind Erklärungen, die von der „Krisenhaftigkeit des  
42 Kapitalismus“ schwadronieren und „das System“ für die Entwicklung verantwortlich  
43 machen nicht geeignet, als Ausgangspunkt für eine bessere Politik zu dienen. Sie sind  
44 ausschließlich Ausdruck persönlicher Projektion.

45 Die Finanzkrise folgte auf mehrere Dekaden stabilen Wachstums und steigender  
46 Wettbewerbsintensität und auf ein Umfeld sehr niedriger US-amerikanischer Zinsen.  
47 Durch die niedrigen Zinsen und die Überschussliquidität konnte die Kreditmenge in den  
48 USA ungehemmt steigen, Wettbewerbsdruck durch billige Importe sorgte dafür, dass  
49 die Preisinflation gering blieb, die Liquidität strömte in den Häusermarkt: Die Blase  
50 wuchs.

51

52 Die Aufsicht über die staatsnahen Hypothekenfinanzierer in den USA war ungenügend,  
53 politischer Druck die Eigentumsquote zu stärken führte zum weiteren Wachsen der  
54 Kreditblase. Dies alles ging einher mit einer negativen Sparquote und einem  
55 Leistungsbilanzdefizit<sup>1</sup> in den USA.

56

57 Der Fortschritt im Bereich der Kreditverbriefung ermöglichte es den amerikanischen  
58 Banken, die schlechten Kredite (sub-prime) in Ihren Bilanzen neu zu verschnüren und  
59 am Kapitalmarkt zu veräußern. Das Risiko amerikanischer Hausbesitzer verteilte sich  
60 auf der ganzen Welt bis in die deutschen Landesbanken. Oft wurden diese Geschäfte

---

<sup>1</sup> Ein Leistungsbilanzdefizit entsteht, wenn ein Land mehr importiert als es exportiert. Dadurch entsteht eine Verschuldung gegenüber dem Ausland, da der Wert der importierten Waren den Wert der exportierten übersteigt.

61 über außerbilanzielle Zweckgesellschaften abgewickelt und nur unzureichend mit  
62 Kapital unterlegt. Viele Banken nutzen die Möglichkeiten, um Ihren Leverage<sup>2</sup> zu  
63 steigern, sich sehr stark zu verschulden und erhöhten damit auch ihr eigenes Risiko. Aus  
64 Banken wurden de facto Hedge Fonds.

65 Das Risikomanagement der Banken war vielfach nicht in der Lage die Risiken aus den  
66 komplexen Produkten zu bewerten, das systematische Risiko<sup>3</sup>, das aus einem  
67 gemeinsamen Ereignis, das alle Produkte gleichsam betrifft resultiert, wurde  
68 unterschätzt. Die Bilanzen gaben ein verzerrtes Bild der Liquiditäts- und  
69 Solvenzsituation<sup>4</sup> der Banken ab. Die Bonussysteme taten ihr Übriges diese fatale  
70 Investitionspolitik und die Anhäufung von Risiken zu honorieren. Die Gier trieb die  
71 Manager in immer höhere Risikopositionen. Die Aufsicht und die Regulierung hielten  
72 mit diesen Entwicklungen nicht stand. Die Eigenkapitalunterlegungsvorschriften für die  
73 strukturierten Produkte waren zu niedrig relativ zum Risiko. Die Regulierungsbehörden  
74 behielten zwar die einzelnen Institute im Blick, vernachlässigten aber den Blick auf das  
75 Finanzsystem als Ganzes, bzw. waren in ihren nationalen Beschränkungen gar nicht  
76 dazu in der Lage.

77

78 Steigende Zinsen in den USA und damit ausbleibende Zinszahlungen aus den  
79 Hypotheken führten zu einem Platzen der Häuserblase. An den Finanzmärkten und  
80 unter den Banken kam es zu einer massiven Vertrauenskrise. Die Zentralbanken  
81 mussten mit Liquidität helfen, viele Banken konnten nur mit Kapitalspritzen der Staaten  
82 überleben.

83 In Folge der Finanzkrise kam es zu einem weltweiten Nachfragerückgang. Deutschland  
84 als Exportweltmeister ist davon besonders betroffen. Im Inland fehlen Kredite, da die  
85 Banken ihre Vergaberichtlinien massiv verschärft haben.

86 Die skizzierte Analyse zeigt deutlich, wie vielschichtig die Ursachen der Wirtschaftskrise  
87 sind. Sie zeigen auch, dass an vielen Stellen Fehlentscheidungen und schlechte Politik  
88 dazu gehören.

---

<sup>2</sup> Verhältnis von Eigen- zu Fremdkapital

<sup>3</sup> Das Risiko, dem alle Marktteilnehmer ausgesetzt sind und das sich nicht durch Diversifizierung verringern lässt.

<sup>4</sup> Liquide sein: Die nächste Rechnung bezahlen zu können; solvent sein, überhaupt durch die Geschäftstätigkeit anfallenden Zahlungen tätigen zu können.

## 89 Konstitutive Absichten von Godesberg bis Hamburg

90 Die Ereignisse an den Börsen und bei den Banken machen es nicht leicht einen  
91 einigermaßen kühlen Kopf zu bewahren; schwieriger noch ist es, zu versuchen sich  
92 überhaupt einen Überblick über das tatsächliche Ausmaß der Krise zu bekommen;  
93 gänzlich unmöglich mutet es zu diesem Zeitpunkt an mit absoluter Sicherheit Stellung  
94 zu den Ursachen zu nehmen. Um die letzte Krise dieses Ausmaßes zu analysieren,  
95 brauchte es immerhin fast 70 Jahre. Genau der richtige Augenblick also, um einen Blick  
96 in die sozialdemokratischen Grundsatzprogramme der Bundesrepublik Deutschland zu  
97 werfen um die konstitutive Absicht der Begründer zu beleuchten.

98

99 Im Godesberger Programm findet sich ein eindeutiges Bekenntnis der deutschen  
100 Sozialdemokratie zur Sozialen Marktwirtschaft. Dort heißt es „Freie Konsumwahl und  
101 freie Arbeitsplatzwahl sind entscheidende Grundlagen, freier Wettbewerb und freie  
102 Unternehmerinitiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik.  
103 Die Autonomie der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände beim Abschluss von  
104 Tarifverträgen ist ein wesentlicher Bestandteil freiheitlicher Ordnung. Totalitäre  
105 Zwangswirtschaft zerstört die Freiheit. Deshalb bejaht die Sozialdemokratische Partei  
106 den freien Markt, wo immer wirklich Wettbewerb herrscht. Wo aber Märkte unter die  
107 Vorherrschaft von einzelnen oder von Gruppen geraten, bedarf es vielfältiger  
108 Maßnahmen, um die Freiheit in der Wirtschaft zu erhalten. Wettbewerb soweit wie  
109 möglich Planung soweit wie nötig.“ (Seite 8-9)

110

111 Die Autoren des Godesberger Programms stellen die freie Marktwirtschaft in den Dienst  
112 der Menschen und formulieren folgendes Ziel von sozialdemokratischer  
113 Wirtschaftspolitik: „(..)stetig wachsender Wohlstand und eine gerechte Beteiligung  
114 aller am Ertrag der Volkswirtschaft, ein Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit  
115 und ohne Ausbeutung.“ Allerdings ist auch hier ein konkreter Hinweis gegeben um die  
116 Forderungen nicht im luftleeren Raum stehen zu lassen: „ Um alle Menschen am  
117 steigenden Wohlstand zu beteiligen, muss die Wirtschaft den ständigen  
118 Strukturveränderungen planmäßig angepasst werden, damit eine ausgeglichene  
119 Wirtschaftsentwicklung erreicht wird.“ Hier wird also konkret Bezug auf Situationen wie  
120 die derzeitige Krise genommen. Das Stichwort ist Anpassung des Rahmens, in welchem  
121 Wirtschaft funktionieren kann und soll, nicht ein Systemwechsel im Falle von  
122 Veränderungen der Rahmenbedingungen!

123

124 Diese Vorstellungen finden sich ein wenig ausladender formuliert auch im Berliner  
125 Programm der deutschen Sozialdemokratie. Im Berliner Programm finden sich vor allem  
126 Ergänzungen zum Zusammenbruch der DDR: „Parteidiktatur und bürokratisierte  
127 Planwirtschaft erwiesen sich als unfähig Staat und Wirtschaft der DDR in eine sichere  
128 Zukunft zu führen.“ Und wieder ein erneutes Bekenntnis zu dem Wirtschaftssystem,  
129 welches uns zum heutigen Wohlstand geführt hat: „Innerhalb des demokratisch  
130 gesetzten Rahmens ist Markt und Wettbewerb unentbehrlich. Durch den Markt wird die  
131 unüberschaubare Vielfalt wirtschaftlicher Entscheidungen wirksam koordiniert. (...)  
132 Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig“ (Seite 44)  
133 Im Hamburger Programm finden sich nun weitere Anpassungen dieses  
134 Grundverständnisses im Kontext einer zunehmend global funktionierenden Wirtschaft:  
135 „Das 21. Jahrhundert ist das erste wirklich globale Jahrhundert.“ In Bezug auf die  
136 Finanzmärkte und internationale Wirtschaft wird vermerkt: „Unkontrollierte  
137 Kapitalbewegungen auf den Finanzmärkten können ganze Volkswirtschaften  
138 gefährden. Wir streben einen wirksamen ordnungspolitischen Rahmen für die  
139 Finanzmärkte auf internationaler Ebene an. (...) Märkte bedürfen der politischen  
140 Gestaltung – im Zeitalter der Globalisierung auch über nationale Grenzen hinaus. Für  
141 uns gilt: Soviel Wettbewerb wie möglich, soviel regulierender Staat wie nötig. Für die  
142 Zukunft der sozialen Marktwirtschaft ist ein gemeinsames Vorgehen in der  
143 Europäischen Union von entscheidender Bedeutung. Wo die Finanzmärkte lediglich  
144 kurzfristige Renditen anstreben, gefährden sie langfristige Wachstumsstrategien von  
145 Unternehmen und vernichten damit Arbeitsplätze. Wir wollen, auch mit Hilfe des  
146 Steuer- und Aktienrechts, Anleger stärken, die statt schneller Rendite ein langfristiges  
147 Engagement im Blick haben. Wir brauchen Spielregeln für Investoren und Fonds, die  
148 eine einseitige Renditeorientierung zu Lasten des langfristigen Substanzerhalts von  
149 Unternehmen verhindern.“ (Seite 43)

150  
151 Es zieht sich also ein roter Faden durch die Grundsatzprogramme der deutschen  
152 Sozialdemokratie, das Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft, gepaart mit dem  
153 Bewusstsein, dass Märkte einen gestaltenden Staat brauchen, der nicht nur stark genug  
154 sein muss um die „Marktregeln“ im konkreten Fall anzupassen und umzusetzen,  
155 sondern zum Wohle der Menschen den Markt in den Dienst der Menschen stellen muss.  
156 Progressiv gestalten und neue Antworten auf veränderte Wirtschaftsentwicklungen  
157 geben, das ist seit der Gründung der BRD von Godesberg über Berlin nach Hamburg und  
158 somit im 21. Jahrhundert angekommen, das Dogma der deutschen  
159 sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik!

## 160 **Der Weg zu einer sozial gerechten Wirtschaft.**

161 Die Jusos Hamburg sehen folgerichtig in der Finanz- und Wirtschaftskrise keine  
162 Systemkrise, keinen Ausdruck der Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems und erst  
163 recht nicht den Anfang vom Ende der Marktwirtschaft. Wir sehen die Krise als ein  
164 Produkt von schlechter Politik. Diese Politik muss korrigiert werden, aber mit Rücksicht  
165 auf das, was Wohlstand und Freiheit sichert: die soziale Marktwirtschaft. Freie Märkte  
166 sind für uns kein Selbstzweck; freie Märkte funktionieren auch nicht aus sich selbst  
167 heraus. Sie müssen mit einem ordnungspolitischen Rahmen versehen werden, der die  
168 richtigen Anreize setzt. Nur dann können Märkte Ergebnisse erzielen, die nachhaltig und  
169 gerecht sind. Wir wehren uns aber gegen den Eindruck, die freien Märkte als solche  
170 seien es gewesen, die zur Wirtschaftskrise geführt haben. Für die Finanzmärkte  
171 bedeutet ein Regelungsrahmen, dass dort die Kernfunktion erfüllt wird: Ersparnisse,  
172 bzw. Kapital in die effizienteste Verwendung zu lenken.

173

174 Das Krisenmanagement in der Finanzkrise hat gezeigt, dass ein starker Staat notwendig  
175 ist. Der Staat war in der Situation der Krise handlungsfähig und konnte die notwendigen  
176 Kapitalspritzen und Konjunkturprogramme zur Verfügung stellen. Vor der Finanzkrise  
177 drehte sich die politische Debatte häufig darum, den Einfluss des Staates auf die Märkte  
178 zurückzudrängen. PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen betätigten sich als  
179 UntergangspredigerInnen des Staates und zeichneten in schillernden Farben eine Welt  
180 unregulierter Märkte und schwacher Staaten. Die jüngsten Ereignisse haben diese  
181 Prediger verstummen lassen oder gezwungen ihren alten Glaubenssätzen  
182 abzuschwören.

183

184 Wir Jusos Hamburg standen und stehen für einen starken Staat. Ein starker Staat ist ein  
185 handlungsfähiger Staat. Er ist in der Lage, Regeln zu setzen und schützt die Schwachen  
186 im Wettbewerb. Nur ein starker Staat ist in der Lage, diese Aufgaben zu erfüllen. Die  
187 Gefahr, dass das Individuum durch einen starken Staat in seiner freien Entfaltung  
188 gehindert wird, sehen wir nicht. Ein starker Staat ist stark genug, sich bindenden Regeln  
189 zu unterwerfen. Der Staat darf sich dabei aber nicht überheben. Nichts wäre schlimmer,  
190 als ein Staat, der Erwartungen weckt, die er nicht erfüllen kann. Ein starker Staat heißt  
191 für uns, dass er Regulierung und Aufsicht in den erforderlichen Bereichen durchsetzen  
192 kann und in der Lage ist, denjenigen, die Hilfe benötigen, unter die Arme greifen kann.  
193 Die Politik darf aber nicht der Versuchung erliegen, dem Staat Aufgaben zuzuschreiben,  
194 die dieser nicht zu erfüllen hat. Aus einem starken Staat würde so ein starrer und somit

195 schwacher Staat, der nicht in der Lage ist – insbesondere in Krisensituationen –  
196 angemessen zu handeln. Ein starrer und schwacher Staat wäre Gefahr für Freiheit und  
197 Gerechtigkeit.

198

199 Ein starker Staat muss auch in der Lage sein, die BürgerInnen vor den Auswüchsen der  
200 Ansprüche der Wirtschaft zu schützen. Die marktwirtschaftliche Produktion dient dem  
201 Menschen und seinen Bedürfnissen. Der Mensch muss auch für Unternehmen mehr sein  
202 als nur Humankapital im Produktionsprozess. Wir lehnen Ansprüche der Wirtschaft ab,  
203 die den Menschen zu einem stromlinienförmigen Teil der Gewinnerzielungsmaschinerie  
204 degradieren. Wir Jusos sehen jeden einzelnen Menschen, jedes einzelne Individuum im  
205 Zentrum politischen und wirtschaftlichen Handelns. Wir lehnen es ab, wenn Firmen  
206 über den Arbeitsmarktdruck versuchen, Menschen zu willfährigen LohnsklavenInnen zu  
207 machen. Dieses Umdenken muss jetzt einsetzen, um die Marktwirtschaft auf eine neue  
208 Vertrauensgrundlage zu stellen. Die Wirtschaft muss menschlich ausgestaltet sein:  
209 Produktion, Abläufe und Prozesse müssen dem Menschen dienen.

## 210 **Forderungen der Jusos Hamburg**

211 Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise müssen kurzfristig geeignet sein, die Nachfrage  
212 zu sichern und Vertrauen zu stiften. Mittelfristig muss ein neuer Ordnungsrahmen für  
213 die Finanzwirtschaft aufgebaut werden, Langfristig brauchen wir eine  
214 zukunftsweisende Industriestruktur in Deutschland.

215

### 216 **Mindestlohn und europäische Sozialstandards**

217 Märkte müssen gerecht sein. Deshalb fordern wir Jusos Hamburg einen europaweiten  
218 Mindestlohn und verbindliche europäische Sozialstandards. Nur so ist es möglich, dass  
219 ArbeitnehmerInnen vor Ausbeutung geschützt werden und dass der Wettbewerb um  
220 die geringsten Sozialstandards unterbunden wird.

221

### 222 **Wirtschaftliche Teilhabe**

223 Wirtschaft und Märkte sind für die Befriedigung von Bedürfnissen da. Aufgabe einer  
224 sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik ist es, dafür zu sorgen, dass alle BürgerInnen  
225 mit gleichen Chancen am Wirtschaftsleben teilnehmen können. Um dies zu  
226 gewährleisten brauchen wir einen Mindestlohn. Die Wirtschaft muss so geregelt sein,  
227 dass Innovation und technischer Fortschritt unterstützt werden. Dazu brauchen wir  
228 einen positiv besetzten Begriff des Unternehmers.

229 Wir brauchen aber auch ein neues Nachdenken über Privatisierung. Bisher wurde zu  
230 wenig geprüft, ob Privatisierung tatsächlich am Ende dem Verbraucher zu Gute kommt.  
231 Das kann der Fall sein, muss es aber nicht. Diese Prüfung muss bei jedem  
232 Privatisierungsprojekt genauer als bisher erfolgen. Kommt man zu dem Ergebnis, dass  
233 der Staat besser in der Lage ist, wirtschaftliche Teilhabe zu sichern, müssen Aufgaben  
234 auch dort verbleiben, bzw. wieder vom Staat wahrgenommen werden. Im Zentrum  
235 einer solchen Prüfung haben dabei die sozialen Folgen einer Privatisierung zu stehen.  
236 Diese schließen beschäftigungs- und strukturpolitische Erwägungen mit ein.

237

### 238 **Maß halten, Generationengerechtigkeit**

239 Die Konjunkturpakete und Liquiditätsspritzen waren notwendig, um die Funktion  
240 unserer Wirtschaft zu erhalten. Sie stellen aber eine erhebliche Belastung der nächsten  
241 Generation dar. Es ist deshalb wichtig bei zukünftigen Ausgaben Maß zu halten und vor  
242 allem darauf zu achten, dass Projekte, die mit Schulden finanziert werden, in die  
243 Zukunft gerichtet sind. Die zukünftigen Generationen dürfen nicht durch zu hohe  
244 Schulden überfordert werden. Wir Jusos Hamburg stehen für einen gerechten Ausgleich  
245 zwischen Jung und Alt.

246

247 Die Belastung durch die Rückführung der Schulden aus den Konjunkturpaketen muss  
248 gerecht verteilt werden. Auch hier gilt das Prinzip der Solidarität: Starke Schultern  
249 müssen mehr tragen als schwache, Profiteure des Konjunkturpaketes müssen sich  
250 stärker beteiligen. Eine Reichensteuer kann hierfür das geeignete Instrument sein.

251

252 Darüber hinaus ist zu überprüfen, inwiefern auch eine Vermögenssteuer einen besseren  
253 sozialen Ausgleich und eine gerechtere Finanzierung der Staatsaufgaben ermöglichen  
254 kann.

255

### 256 **Breitere Wirtschaftsförderung**

257 Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zeigen, dass die deutsche Industriestruktur zu  
258 sehr auf den Automobilssektor ausgerichtet ist. Wir fordern, Anreize zu setzen, die  
259 Diversifikation in unserer Industrie zu verbreitern. Mehr Investitionen in Forschung und  
260 Bildung sind dazu unerlässlich.

261

### 262 **Steueroasen trockenlegen**

263 Steueroasen haben ein parasitäres Geschäftsmodell: Sie nutzen die Schwäche der  
264 Steuerfahndungsbehörden, um BürgerInnen bei Straftaten zu unterstützen und helfen

265 diesen, sich aus der Solidargemeinschaft zu verabschieden. Wir unterstützen deshalb  
266 die Forderung internationale Regeln zur Verfolgung von Steuerstrafsachen aufzustellen  
267 und auch ein schärferes Vorgehen der deutschen Steuerfahnder.

268

### 269 Aufsicht und Regulierung

270 Die Jusos Hamburg fordern ein verbindliches weltweites Regelsystem für die  
271 Finanzmärkte. Die internationalen Regelungen müssen so ausgestaltet sein, dass eine  
272 nationale Regulierung sich darin wiederfinden kann und durchaus schärfer sein kann.  
273 Der Internationale Währungsfonds kann eine Institution sein, die diese Regeln - ähnlich  
274 wie die Welthandelsorganisation (WTO) für den Handel – ausgestaltet. Für Europa  
275 wollen wir eine einheitliche Aufsicht, die bei der Europäischen Zentralbank (EZB)  
276 angesiedelt wird. Nur eine europäische Finanzmarktaufsicht ist mit einer gemeinsamen  
277 Währung mittelfristig kompatibel. Die Regulierung der Institute sollte sich auch an der  
278 Größe orientieren. Auch kleine Sparkassen müssen in der Lage sein, die Auflagen zu  
279 erfüllen, bzw. die Auflagen müssen sich an der Größe der Bank orientieren. Sollte in  
280 Deutschland eine Bankenkonsolidierung einsetzen, so ist Augenmaß gefragt. Die Dichte  
281 der Sparkassen und Volksbanken muss erhalten bleiben.

282 Außerbilanzielle Geschäfte gehören in die Bilanz, damit Investoren die Risiken  
283 beurteilen können, die Banken eingehen. Die Unterlegungspflichten<sup>5</sup> für risikoreiche  
284 Produkte müssen erhöht werden.

285

### 286 Hedge Funds

287 Hedge Funds nutzen Arbitragemöglichkeiten<sup>6</sup> an Märkten und versuchen durch sehr  
288 risikoreiche Strategien Gewinne zu erzielen. Durch ihren hohen Verschuldungsgrad und  
289 bei einigen durch eine kritische Größe sind sie eine Quelle starker Schwankungen an den  
290 Märkten. Die Jusos Hamburg fordern deshalb:

- 291 - Registrierung von Hegde-Fund-Managern und Funds
- 292 - Offenlegung von Größe, Anlagestil, Verschuldungsgrad und Performance
- 293 - Stärkere Unterlegungspflichten bei Banken für Kredite an Hedge-Funds

---

<sup>5</sup> Unterlegung bezeichnet denjenigen Eigenkapitalbetrag, den eine Bank für einen vergebenen Kredit vorhalten muss.

<sup>6</sup> Arbitragemöglichkeiten entstehen, wenn Wertpapiere von einem Gleichgewichtspreis oder –zins abweichen. Sie können durch komplexe Konstruktionen zur Gewinnerzielung genutzt werden, bspw. mit Leerverkäufen.

294 - Regulierung und Aufsicht sollte an dem Ort der Geschäftsräume, nicht an  
295 dem des Briefkastens erfolgen

### 296 **Börsen und Aktiengesellschaften**

297 Eine geringe Börsenumsatzsteuer kann dabei helfen, das Spekulationsmotiv an den  
298 Börsen zu verringern. Die Corporate Governance muss gestärkt werden. Der  
299 Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft müssen mehr Entscheidungsspielräume  
300 zugestanden werden. Insbesondere die Vergütung des Vorstandes sollte von der  
301 Hauptversammlung beschlossen werden. Die Vergütung kann leistungsbezogene  
302 Komponenten aufweisen (Boni), allerdings müssen diese in beide Richtungen  
303 funktionieren: Erfolge dürfen belohnt werden, Mißerfolge müssen mit entsprechenden  
304 Einbußen verbunden sein. Bei den Bilanzierungsrichtlinien muss darüber nachgedacht  
305 werden, ob das „Fair Value-Accounting“ (Marktwertprinzip) nicht durch Prozyklizität zur  
306 Verschärfung der Krise beigetragen hat.

307

### 308 **Ein junges Konjunkturprogramm**

309 Die Konjunkturprogramme waren notwendig, um die Nachfrage zu stützen. Sie setzen  
310 aber vornehmlich am bestehenden an. Wir fordern darüber hinaus ein junges  
311 Konjunkturprogramm, das vor allem jungen Menschen zu Gute kommt.  
312 Wir fordern deshalb von Bund und Ländern mehr Investitionen in die Zukunft: In  
313 erneuerbare Energien und in Forschung und Entwicklung. Auch kleine Firmen und Start-  
314 Ups müssen von den staatlichen Geldern profitieren. So kann es gelingen, aus der Krise  
315 heraus unsere Industrie zu erneuern.

316

317 Wir fordern in einem solchen Programm zusätzliche Mittel für die Jugendhilfe  
318 bereitzustellen, um die Auswirkungen der Rezession in sozialen Brennpunkten zu  
319 bekämpfen. Auch die Ausbildung junger Menschen muss gefördert werden, sollte es zu  
320 Problemen in diesem Markt kommen.

321

322 Mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Jung und Alt können wir diese Krise  
323 meistern und mit einer gerechten und modernen Wirtschaftsordnung die Zukunft  
324 gestalten.